

Die neuen Regierungsparteien wollen „den Sozialstaat bürgerfreundlicher, transparenter und unbürokratischer machen und ihn auf die Lebenswirklichkeiten unserer Zeit ausrichten“. Das klingt original nach FDP, die notorisch alles, was mit öffentlicher Daseinsvorsorge zu tun hat, mit dem Stigma der Bürokratie und Intransparenz belegen will.

Ist das, was die Koalition zukünftig „Bürgergeld“ nennen wird und „das die Würde des und der Einzelnen achten, zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen sowie digital und unkompliziert zugänglich sein“ soll, also ebenso eine Mogelpackung wie die ebenfalls angekündigte „Aktienrente“? Immerhin soll „in den ersten beiden Jahren des Bürgergeldbezuges die Leistung ohne Anrechnung des Vermögens“ gezahlt und „die Angemessenheit der Wohnung“ anerkannt werden. Das wäre gewiss kein BGE, aber ein Fortschritt allemal.

Und was ist von der „Kindergrundsicherung“ zu halten, die „bessere Chancen für Kinder und Jugendliche“ vor allem bei denen schaffen will, „die am meisten Unterstützung brauchen“, was nach Bedarfsprüfung und verdeckter Armut klingt und nicht nach Grundsicherung? Die Parteien folgen wiederum dem FDP-Sprech und „setzen dabei insbesondere auch auf Digitalisierung und Entbürokratisierung“, wollen aber „bisherige finanzielle Unterstützungen ... in einer einfachen, automatisiert berechnet und ausgezahlten Förderleistung bündeln“.

Wir werden die Aussagen des Koalitionsvertrages nachvollziehbar darstellen und eine Einordnung und Bewertung vornehmen.